

Antrag

**der Abgeordneten Sabine Boeddinghaus, Insa Tietjen, Deniz Celik,
Dr. Carola Ensslen, Olga Fritzsche, Norbert Hackbusch, Stephan Jersch,
Metin Kaya, Cansu Özdemir, Dr. Stephanie Rose, David Stoop (DIE LINKE)
und Fraktion**

Betr.: Praxis der segregierten Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen überprüfen und mittelfristig beenden!

Es ist jüngst durch das Leibniz-Institut Essen wie auch seitens der Universität Hamburg bestätigt worden: Die segregierte Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen verringert ihre Bildungschancen.

Die vorerst getrennte Beschulung von geflüchteten jungen Menschen in den sogenannten Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) und Basisklassen erschwert darüber hinaus deren soziale Integration und schafft für sie ein Stigma in ihrem Schulumfeld.

In Hamburg geht eine Stadtteilschule den Weg einer konsequenten integrativen Beschulung von geflüchteten Kindern und Jugendlichen im Regelunterricht von Beginn an. Statt separate Klassen zu bilden, werden sie nach einer maximal acht Wochen dauernden Orientierungsphase in die Regelklassen aufgenommen; ein:e Kulturmittler:in steht als Begleitung in der Schule für alle Beteiligten als Ansprechperson bereit; die Schüler:innen erhalten täglich neunzig Minuten zusätzlichen Deutschunterricht und werden von Mentor:innen begleitet, die aus Ehrenamtlichen, Ehemaligen und älteren Schüler:innen bestehen. Diesen Weg zu gehen, setzt die grundsätzliche Haltung der gesamten Schulgemeinschaft voraus, integrativen Unterricht für alle gestalten zu wollen. Nicht nur vor dem Hintergrund der periodisch ansteigenden Zahlen von geflüchteten jungen Menschen, sondern hinsichtlich der insgesamt sehr vielfältigen und heterogenen Zusammensetzung der Schüler:innenschaft scheint dieser Weg vorbildlich für eine gelebte Willkommenskultur an allen Schulen zu sein.

Voraussetzung für eine gelungene Integration ist auch die Verantwortungsübernahme aller Schulen, Stadtteilschulen wie Gymnasien.

Eine Anfrage der Linksfraktion hat gezeigt, dass bei den weiterführenden Schulen 84 Prozent der ehemaligen IVK-Schüler:innen auf eine Stadtteilschule und nur 16 Prozent auf ein Gymnasium gehen. Durchschnittlich beschult jede der 59 Stadtteilschulen mehr als elf Ex-IVK-Schüler:innen, jedes Gymnasium hingegen unter zwei. 74 Prozent der ehemaligen IVK-Schüler:innen gehen auf Schulen mit einem Sozialindex von 1 bis 3 und nur ein gutes Viertel – 26 Prozent – geht auf Schulen mit einem höheren Sozialindex von 4 bis 6. Um der Akzeptanz und Chancengleichheit willen muss hier dringend nachgesteuert und die Aufgaben gerechter verteilt werden.

Die Bürgerschaft möge vor diesem Hintergrund beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. bei der Schulorganisation zum Schuljahr 2023/2024 darauf zu achten, dass die angesetzten Klassenfrequenzen durch die Aufnahme von Schüler:innen aus IVK nicht überschritten werden.

2. zukünftig so zu steuern, dass an keiner Schule mehr IVK-Klassen eingerichtet werden, als beim späteren Übergang in die Regelklasse selbst durch diese aufgenommen werden kann.
3. um die durch die Aufnahme von geflüchteten Schüler:innen aktuell erneut einseitig belasteten Stadtteilschulen kurzfristig zu entlasten, aktuelle und künftige IVK-ESA- und IVK-MSA-Klassen an Gymnasien einzurichten. Das Ziel dieser Klassen ist nach aktueller Organisation der ESA beziehungsweise der MSA und nicht der Übergang in die Regelklassen. Solange keine integrativen Lern- und Organisationsformen für diese Schüler:innen entwickelt wurden, können diese in sich geschlossenen Beschulungsformen auch durch das Gymnasium organisiert werden.
4. darüber hinaus zu prüfen, inwieweit die Schüler:innen, die in den an Gymnasien eingerichteten IVK-Klassen beschult werden, auch dort beim Übergang in die Regelklasse verbleiben können.
5. des Weiteren die schrittweise Auflösung der Basis- und IVK-Klassen mit dem Ziel der umfassenden Integration der geflüchteten jungen Menschen in den Regelunterricht zu prüfen und für diesen Prozess ein Expert:innengremium einzusetzen.
6. der Bürgerschaft bis zum 05. Juli 2023 zu berichten.